Die französisch-belgische Gewaltherrschaft im Ruhrgebiet

Eine zusammenfassende Darstellung auf Grund authentischen Materials

THE LIBRARY OF THE
AUG 12 1975
UNIVERSITY OF ILLINOIS

1923

Zentralverlag G · m · b · H / Berlin W 35

Vorwort

Zum ersten Male erhält die breitere Oeffentlichkeit im Nachfolgenden eine zusammenhängende ausführliche Darstellung der Schäden, die die Bevölkerung des Ruhrbezirks durch das Eindringen der belgisch-französischen Truppen seit dem 11. Januar 1923 Tag für Tag zu erleiden hat. Einzelberichte von Behörden, Organisationen, amtlich beglaubigte Aussagen Privater sind zu einer zusammenhängenden Schilderung zusammengestellt.

Eine Zwischenbilanz ist es, die hier aufgemacht wird. Sie wendet sich an alle, denen die Begriffe Moral und Recht nicht nur tönende Worte sind.

Wirken und werben sollen diese Blätter für eine *gerechte Würdigung* der deutschen Not.

Den deutschen Volksgenossen aber soll diese Schrift eine Mahnung sein, nicht zu erlahmen im passiven Widerstand gegen die fremde Willkür eines übermütig gewordenen Siegervolkes.

943.55
F859

I. Das Ruhrkohlengebiet.

Das Ruhrgebiet in seiner Eigenart als Siedlungs- und als wirtschaftliche Einheit findet in der Weltwirtschaft seinesgleichen nur in dem Industriegebiet von Yorkshire (Mittel-England) und in dem Industriedistrikt, dessen Mittelpunkt Pittsburgh (Ver. Staaten) bildet. Es ist so dicht besiedelt wie keine andere Stelle des Kontinents. *) Nach der Volkszählung von 1919 entfallen im Ruhrgebiet 1550 Menschen auf den Quadratkilometer gegen 127 im Durchschnitt des Deutschen Reiches oder 121 im Durchschnitt Italiens. Diese zahlreiche Bevölkerung wohnt zumeist in Städten, die sich in wenigen Jahren zu Großstädten entwickelt haben und deren Ränder mehr und mehr zu einer einzigen großen zusammenhängenden Siedlungsgemeinschaft ineinandergewachsen sind. Insgesamt beträgt die Bevölkerung des Ruhrbezirkes vier bis fünf Millionen Seelen. **Volksdichte.**

Dieses rasche Wachstum ist nicht so sehr der natürlichen Bevölkerungsbewegung (Geburtenzuwachs) zu verdanken, als vielmehr einem starken Zustrom von außen, aus den ländlichen, vor allem den östlichen Provinzen des Deutschen Reiches. Das zynische Wort „Vingt millions de trop", das Clemenceau mit Bezug auf die deutsche Volkszahl in Versailles gesprochen hat, erhält in bezug auf das Ruhrgebiet seinen besonderen Sinn. Denn eine Abwanderung auch nur eines Teiles seiner Industriebevölkerung in agrarische Berufe wäre eine Unmöglichkeit. Die Aufnahmefähigkeit der deutschen Landwirtschaft reicht hierfür nicht im entferntesten aus. Eben darum aber ist die Aufrechterhaltung dieses höchst komplizierten Wirtschaftssystems für Deutschland eine Lebensnotwendigkeit. **20 Millionen zuviel?**

Die Struktur des Ruhrreviers als eines Industriebezirks kann auch aus der letzten deutschen Berufszählung deutlich erkannt werden, obwohl sie aus dem **Struktur des Ruhrreviers.**

*) Einwohnerzahl einiger Städte: Essen 480000, Düsseldorf 407000, Dortmund 395000, Duisburg 245000, Gelsenkirchen 168000, Bochum 143000, Mülheim 128000, Hamborn 110000, Recklinghausen 109000, Oberhausen 99000, Buer 88000, Bottrop 71000, Herne 64000, Gladbeck 52000, Sterkrade 46000, Wanne 40000, Eickel 34000, Hörde 33000, Rotthausen 29000.

LIBRARY
UNIVERSITY OF ILLINOIS
URBANA-CHAMPAIGN

Jahre 1907 stammt und somit durch die Entwicklung des darauffolgenden Jahrzehnts bereits weit überholt ist. Danach wurden im Ruhrbezirk 1 300 000 Erwerbstätige gezählt; hiervon waren 800 000 in Bergbau und Industrie, 160 000 in Handel und Verkehr und nur 64 000 in der Landwirtschaft tätig. Die Besonderheit dieser Verteilung kommt bei einem Vergleich mit der Gesamtbevölkerung Deutschlands oder etwa Italiens noch klarer heraus. Von 100 Erwerbstätigen entfielen auf

	Landwirtschaft	Industrie u. Handel
im Ruhrgebiet (1907)	5	79
in ganz Deutschland (1907)	31	50
in Italien (1911)	60	32

Während mithin in Italien knapp ein Drittel der Bevölkerung und im Durchschnitt des ganzen Deutschen Reiches etwa die Hälfte ihren Beruf in Industrie und Handel hatten, waren es im Ruhrgebiet vier Fünftel. Dieser Zustand hat sich dann seit 1907 noch erheblich verschärft. Allein im Steinkohlenbergbau ist die Arbeiterzahl von 300 000 im Jahre 1907 auf 550 000 in der Gegenwart gestiegen.

Bodenschätze. Diese Intensivierung der industriellen Tätigkeit des Ruhrbezirks ist in erster Linie der Gunst der natürlichen Verhältnisse zu verdanken. Sie beruht auf den Bodenschätzen des Ruhrreviers, vor allem auf seinen Steinkohlenvorräten. Unter den Kohlenproduzenten der Welt steht Deutschland an dritter Stelle (nach den Ver. Staaten und England). Drei Viertel der Steinkohlenförderung Deutschlands stammt aus dem Ruhrgebiet. Die besondere Qualität der Ruhrkohle, ihre vorzügliche Eignung zur Verkokung, erhöht die Nachfrage nach ihr. Weil aber der Koks neben dem Eisenerz das wichtigste Rohmaterial für die Verhüttung bildet, hat sich im Ruhrbezirk eines der größten Zentren der Eisenfabrikation entfalten können: die rheinisch-westfälische Eisenindustrie. Auch in der Eisen- und Stahlgewinnung der Welt nimmt Deutschland zurzeit die dritte Stelle (nach den Ver. Staaten und England — vor dem Krieg die zweite Stelle) ein. Mehr als drei Fünftel der deutschen Eisen- und Stahlwerke aber liegen im rheinisch-westfälischen Industriebezirk. Neben der Eisenindustrie sind zudem im Ruhrbezirk ausgedehnte Metall- und Maschinenfabriken, wichtige Zweige der chemischen und Elektrizitätsindustrie sowie zahlreiche Werke

anderer Gewerbe entstanden. Zeche reiht sich an Zeche, Hochofen an Hochofen, Fabrik an Fabrik.

Alle diese Gewerbezweige sind *Produktionsmittelindustrien,* das heißt: auf ihnen basiert alle weitere gewerbliche und industrielle Tätigkeit. Jede Erschütterung in diesen Schlüsselgewerben der Kohlen-, der Elektrizitäts- und Eisenindustrie zieht in den weiterverarbeitenden Gewerben die bedenklichsten Folgen nach sich. Diese Wirkungen lassen sich bereits jetzt an den Folgen der Reparationen mit aller Deutlichkeit erkennen. Unter den Reparationssachlieferungen stehen die Kohlen- und Kokslieferungen obenan, die hauptsächlich vom Ruhrgebiet befriedigt werden. Das Kohlenquantum, das nach Abzug der Reparationskohlenlieferungen noch für die deutsche Volkswirtschaft übrig bleibt, ist derart knapp geworden, daß Deutschland, bisher ein Kohlen exportierendes Land, in den letzten Jahren zum Import von ausländischen Kohlen mehr und mehr übergehen mußte. Trotzdem bleibt die Leistungsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft noch heute, vier Jahre nach dem Krieg, auf wichtigen Gebieten in erschreckendem Maße hinter dem Stand der Vorkriegszeit zurück. Eisen- und Stahlgewinnung sind auf zwei Fünftel, die Getreideernten auf die Hälfte, der Wohnungsbau auf ein Drittel, der Güterverkehr auf den Eisenbahnen und in den Seehäfen sowie die Gewichtsmengen des Außenhandels ebenfalls auf ein Drittel der Vorkriegszeit gesunken. Die Zahlen lassen ahnen, welche zerrüttenden Wirkungen die Fortdauer der Abschnürung des Ruhrgebiets für den übrigen deutschen Wirtschaftskörper nach sich ziehen würde. Hier im Ruhrrevier schlägt das Herz der deutschen Wirtschaft. Die Schienenstränge, Kanäle und Flußläufe, die die Produkte des Ruhrreviers aus den Tiefen seiner Kohlenschächte, aus den Schlünden seiner Hochöfen, aus den Hallen seiner Fabriken hinausführen in die übrigen Gebiete der deutschen Volkswirtschaft, sind wie die Adern, die allen Gliedern eines Körpers das den Stoffwechsel bedingende, lebenserhaltende Blut zuführen. Störungen der Herztätigkeit bedeutet ernste Erkrankung, völlige Unterbrechung bedeutet den Tod.

Bedeutung für die Reparationssachlieferungen.

Das Herz der deutschen Wirtschaft.

Das Eisenbahnnetz des Ruhrreviers steht nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa an erster Stelle. Es bewältigt etwa ein Drittel des gesamten Eisenbahngüterverkehrs des Deutschen Reiches. Ein Netz von Kanälen durchzieht das Ruhrrevier nord-

Eisenbahnnetz.

südwärts und ostwestwärts und stellt die Wasserverbindung mit dem Rhein her. Rheinaufwärts gehen die Kohlen für Süddeutschland, dessen Hausbrandversorgung und dessen industrieller Bedarf auf das Ruhrrevier angewiesen ist. Rheinabwärts geht der Verkehr mit Holland und über dieses hinaus mit der deutschen Seeküste und mit Uebersee vor sich. So wie aber verwaltungsmäßig die ganze westliche Hälfte des Ruhrgebietes zum Rheinland gehört, so ist auch der Rhein für das rheinisch-westfälische Industrierevier keine Trennungslinie, sondern ein hochbedeutsamer Verbindungsweg zwischen volldeutschen Gebieten. Er ist Deutschlands Strom, nicht Deutschlands Grenze! Der Hafen von Duisburg-Ruhrort, der größte Binnenhafen des Kontinents, hatte im Jahre 1922 einen Umschlag von 12 Millionen Tonnen. An dem Güterempfang und -versand des Ruhrreviers ist das übrige Deutschland mit vier Fünfteln beteiligt, darunter das unbesetzte Gebiet mit drei Fünfteln, das altbesetzte Gebiet mit einem Viertel. Alle größeren Industriezweige Nord- und Westdeutschlands erhalten auf diesem Wege Ruhrkohle und Ruhrkoks. Dem Ruhrgebiet entnehmen die Maschinen- und Apparatefabriken fast ganz Deutschlands ihr Rohmaterial. Das im Ruhrgebiet erzeugte Baueisen findet Verwendung für alle Arten von Bauten im ganzen Reich. Sehr eng ist auch die Verbindung der alten hochentwickelten Kleineisenindustrie des Bergischen Landes mit den Werkstätten der Halbfabrikation der Hütten- und Walzwerk-Industrien des Ruhrgebietes.

Kanäle.

Der Rhein, Deutschlands Strom.

Umwandlung.

Nur noch der kleinste Teil des Ruhrgebietes dient heute agrarischen Zwecken. Seit Jahrzehnten sind in immer weiterem Umfang einst fruchtbare Felder in Wohn- und Fabrikland umgewandelt worden, mit Häusern, Arbeiterkolonien, Schacht- und Fabrikanlagen, Bahnhöfen und Verkehrsstraßen aller Art überzogen. Mehr als neun Zehntel des Bedarfs der Ruhrbevölkerung an Brotgetreide, Kartoffeln, Fleisch und Milch kommen von außerhalb. Das Ruhrgebiet ist agrarisches Zuschußgebiet. Lieferanten sind die agrarischen Ueberschußgebiete Deutschlands, Westfalen, Niederdeutschland, vor allem Ostelbien und darüber hinaus die Getreide und Vieh produzierenden überseeischen Gebiete, vor allem Nord- und Südamerika. Die außerordentliche Bedeutung des engmaschigen Verkehrsnetzes, wird auch an dieser Tatsache klar. Jeder gewaltsame Eingriff ist gefährlich

und stellt Leben und Gesundheit von Millionen ernstlich in Frage.

So besteht zwischen dem Ruhrgebiet und dem übrigen Deutschland eine wechselseitige Abhängigkeit in der Versorgung des Reviers mit den notwendigen Lebensmitteln von außen und in der Belieferung des übrigen Deutschland durch das Revier mit unentbehrlichen Produktionsmitteln.

II. *Verkehrsverhältnisse.*

Das dicht verästelte Netz der Eisenbahnen des Ruhrgebietes hat eine Länge von rund 2500 km. Von diesem Netz haben die Franzosen rund 650 km militarisiert. Die Bewältigung des normalen Betriebes der Bahnen des Ruhrgebietes erfordert rund 80 000 Eisenbahner. In normalen Zeiten sind täglich rund 1800 Personenzüge und mehr als 1000 Güterzüge abzufertigen. Welche Gütermengen bei vollem Betrieb befördert werden, dafür diene folgendes Beispiel: unmittelbar vor der Ruhrbesetzung betrug die Zahl der täglich gestellten Wagen rund 25 000. Das bedeutete, wenn man den Eisenbahnzug zu je 50 Wagen und den Wagen zu je 10 Tonnen rechnet, die Abfertigung von rund 500 Kohlenzügen mit einer Ladung von 250 000 Tonnen Kohlen und Koks täglich. Von diesen Transporten erhielt Frankreich vor der Ruhrbesetzung täglich 60 Eisenbahnzüge mit insgesamt 65 000 Tonnen Kohle und Koks von bester Qualität.

Lahmlegung des Personen- und Güterverkehrs.

Seit der Besetzung des Ruhrgebietes ist der Personen- und Güterverkehr der Eisenbahn zum größten Teil lahmgelegt oder doch wenigstens ungeheuer erschwert. Durch die Besetzung wichtiger Bahnhöfe und Strecken (Militarisierung) sind rund 650 km Bahnstrecke für den deutschen Verkehr in Wegfall gekommen. Der Hauptbahnhof Recklinghausen wurde am 25. Januar besetzt, um dieselbe Zeit der Hauptbahnhof Oberhausen und am 3. März der Hauptbahnhof Essen. Völlig militarisiert wurde u. a. die wichtige Nordstrecke Hamm — Osterfeld — Oberhausen, die Strecke Essen—Düsseldorf u. a. Auf der Nordstrecke Hamm — Osterfeld — Oberhausen verkehrten früher unter deutscher Leitung täglich rund 50 Züge, davon 30 Güterzüge und 20 Personenzüge. Jetzt verkehren auf dieser Strecke täglich nur etwa 6 Züge, wenn man die Zahl der beladenen Wagen, die von französischer Seite zusammengestellt werden, zugrunde legt. Die

von den Franzosen beanspruchten Strecken haben nicht nur durch unsachliche Behandlung des Streckenmaterials schwer gelitten, vielmehr wurden dort, wo die Franzosen sich zeitweilig festgesetzt haben, auch die Anlagen, Gebäude usw. ernstlich beschädigt. Das deutlichste Beispiel bietet der Hauptbahnhof Oberhausen, der am 16. März von den Franzosen wieder geräumt wurde. Er wurde in einem kaum zu beschreibenden Zustande der deutschen Verwaltung zurückgegeben.

Rücksichtsloses Vorgehen gegen Eisenbahner.

Verschiedentlich ist es aus Anlaß der Besetzung von Bahnhöfen zu schweren Ausschreitungen gegen die deutschen Eisenbahnbeamten und das Publikum gekommen. Wir erinnern nur an die Besetzung des Bahnhofs Wanne am 8. Februar. Die Ereignisse, die sich dort abspielten, sind ja bekannt. Eisenbahnbeamte und Reisende wurden von den fremden Truppen gewaltsam aus den Zügen und dem Bahnhof vertrieben, mißhandelt, zum Teil verletzt und gezwungen, ihr Gepäck auf der Flucht zurückzulassen. Aehnliche Fälle haben sich später auch bei der Besetzung anderer Bahnhöfe wiederholt.

Die Franzosen gingen und gehen gegen die deutschen Eisenbahner, die ihren Anordnungen nicht Folge leisteten, mit der größten Rücksichtslosigkeit vor. Ausweisungen, Verhaftungen, Vertreibungen gehören zu den Alltäglichkeiten. Daß diese Ausschaltung des deutschen Personals die Abwicklung des gesamten Verkehrs schwer behindert, ist selbstverständlich. Die Versorgung des Industriegebietes mit Rohstoffen und Nahrungsmitteln ist auf das bedenklichste erschwert. Mit Ausnahme der Kohle müssen alle Roh- und Hilfsstoffe für die Industrie von weither mit der Eisenbahn hereingebracht werden. Dasselbe gilt von den Nahrungsmitteln. Infolge der Stillegung bzw. Erschwerung des Eisenbahnverkehrs müssen die Waren nunmehr zum größten Teil vom Erzeuger oder von einer entfernt gelegenen Bahnstation zu den Großstädten des Einbruchsgebietes herangebracht werden. Doch ist auch diese Art des Transportes höchst unsicher und zeitraubend, da die Franzosen zeitweilig die Landstraßen sperren und die Waren beschlagnahmen.

Erschwerung der Zufuhr.

Erheblich ins Gewicht fällt auch die Erschwerung des Personenverkehrs. Zahllose Arbeiter und Beamte der großen industriellen Werke müssen tagtäglich die Eisenbahn benutzen, wenn sie ihre Arbeitsstätte er-

reichen wollen. Das ist größtenteils nicht mehr möglich. Der Berufsverkehr kann heute nur noch mit großen Einschränkungen mit Hilfe von Straßenbahn und Kraftwagen aufrechterhalten werden.

Französisches Zweischienensystem

Die Franzosen hofften, der Schwierigkeiten, die ihnen die großen Verschiebebahnhöfe bereiteten, durch die Auswahl zweier Schienenstränge Herr zu werden. Allein selbst mit dem Zweischienensystem leidet die Osterfelder Linie bereits an Verstopfung. Nachdem nun diese militarisierte Nordlinie nicht mehr richtig betrieben werden kann, sind die Franzosen jetzt wiederum in das Essener Verkehrsgebiet vorgestoßen, sie haben den Bahnhof Krey-Nord besetzt und damit fast die letzte Eisenbahnlinie, die im Ruhrgebiet der Bevölkerung noch zur Verfügung stand. Die großen Hauptbahnhöfe von Essen, Duisburg, Düsseldorf, Oberhausen liegen für den deutschen Verkehr völlig still. Die Franzosen versuchen von Krey-Nord über den Essener Hauptbahnhof, der sonst für Kohlenförderung überhaupt nicht in Frage kam, Anschluß an die militarisierte Südlinie zu erlangen, die von Essen nach Düsseldorf an der Ruhr sich erstreckt.

Stillegung des Fernsprech- u. Postverkehrs.

Eine sehr empfindliche Störung des Wirtschaftslebens im Ruhrbezirk bedeutet auch die Stillegung des gesamten Fernsprechverkehrs von französischer Seite. Kurz nach dem Einrücken der französischen Truppen wurden die Fernsprechämter still gelegt. Das Industriegebiet ist bis heute telephonisch nicht zu erreichen.

Auch der Postverkehr hat naturgemäß infolge der Störungen im Eisenbahnverkehr erhebliche Verzögerungen erlitten. Die Sicherheit des Briefverkehrs ist durch die französische Zensur über Postsendungen stark in Frage gestellt. Ebenso leidet der Telegraphenverkehr. In Essen z. B. liegt das Haupttelegraphenamt seit Wochen still.

III. Arbeitsverhältnisse.

Zunahme der Arbeitslosigkeit.

Das Ruhrgebiet war früher jederzeit aufnahmefähig für zuziehende Arbeitskräfte. Das hat sich seit dem Zeitpunkt der Besetzung durch die französischen Truppen mit einem Schlage geändert. Die Besetzung zahlreicher Reichs- und Privatbetriebe hat viele Arbeitskräfte erwerbslos gemacht. Die meisten kleineren Geschäfte konnten aus Mangel an Rohmaterial und Hilfsstoffen ihren Betrieb nicht mehr aufrecht er-

halten; die großen Unternehmungen aber waren gezwungen, von Neueinstellungen abzusehen, sie mußten froh sein, wenn sie ihre alte Belegschaft genügend beschäftigen konnten. Die Abschnürung des besetzten Gebietes von dem übrigen Deutschland und die Lahmlegung des Verkehrs im Einbruchsgebiet selbst hat den Umfang der Arbeitsgelegenheit auch für die großen Werke erheblich verringert. Rohstoffmangel, Versand- und Absatzschwierigkeiten, die Teuerung, der Mangel an Aufträgen verringerten die Verdienstmöglichkeiten in vordem ungekanntem Maß. Kleinere Fabriken haben zum Teil ihren Betrieb vollständig schließen müssen, in größeren Betrieben sucht man sich mit der Streckung der Arbeit zu behelfen oder durch Beschäftigung der Arbeiter mit unproduktiven Arbeiten. Die Zahl der Arbeitslosen ist daher im Industriegebiet seit Januar auf ein Mehrfaches angewachsen. Kein Teil dieses Gebietes ist hiervon verschont geblieben.

Die Ausgaben der öffentlichen Körperschaften für Erwerbslosenfürsorge sind infolgedessen außerordentlich gestiegen. Insbesondere hat die Eisen- und Metallindustrie sowie das Baugewerbe unter der Arbeitslosigkeit zu leiden. Großzügige Maßnahmen, um nach Möglichkeit die Erwerbslosen mit produktiven Arbeiten (Notstandsarbeiten), wie z. B. Straßenbau, Anlage von Friedhöfen usw. zu beschäftigen, sind nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Trotzdem wird natürlich mit allen Mitteln versucht, wenigstens einen Bruchteil der Erwerbslosen mit derartigen Notstandsarbeiten von seiten der Kommunen und Kommunalverbände zu beschäftigen.

Rückgang der Arbeitsfreudigkeit.

Daß der seelische Druck, der auf der gesamten Bevölkerung des Ruhrbezirks lastet, sich in erster Linie in einem Rückgang der Arbeitsleistungen zeigen mußte, ist klar. Das gilt vor allem für den Bergbau und die Eisenindustrie. Ein Beispiel aus dem Kohlenbergbau: Bei der Gewerkschaft Friedrich Thyssen ist die tägliche Kohlenförderung von 15 116 Tonnen im Dezember 1922 auf nur etwa 11 000 im April 1923 gesunken, also um 26 %. Der gesamte Kohlenausfall bei dieser *einen* Zeche läßt sich für die Monate von Mitte Januar bis Mitte April auf 307 505 Tonnen berechnen, deren Wert etwa 47,97 Milliarden beträgt. Die fortwährenden Eingriffe der Besatzungstruppen in die Betriebe, insbesondere aber die häufigen Beschlagnahmungen von Lohngeldern haben die Arbeitnehmer des Ruhrgebietes schwer erbittert.

Für die Höhe der Unkosten, die den Gemeinden aus der Erwerbslosenfürsorge erwachsen, sei nur ein Beispiel angeführt: Die Stadt Buer hatte im letzten Vierteljahr des Jahres 1922 für die Erwerbslosen-Unterstützung nur 330 Mark aufzuwenden, dagegen im ersten Vierteljahr 1923 infolge der Besetzung über 51⅓ Millionen Mark. Im Zusammenhang damit sei darauf hingewiesen, daß auch die übrigen sozialen Aufwendungen der Kommunen für die Armenpflege, für die Unterstützung von Sozial- und Kleinrentnern eine gewaltige Erhöhung erfahren haben, denn die soziale Lage dieser Bevölkerungskreise hat sich infolge der plötzlichen und scharfen Teuerung einer völligen Verelendung genähert.

Rückwirkungen auf die Finanzlage der Gemeinden.

IV. *Die Wohnungsverhältnisse im Ruhrbezirk.*

Wohnungslosigkeit.

Eine ausreichende und befriedigende Lösung des Wohnungsproblems im rheinisch-westfälischen Industriebezirk war schon vor dem Kriege unmöglich. Die schnelle Industrialisierung des Ruhrbeckens hatte hier eine rasch einsetzende Konzentration von Menschenmassen zur Folge, der selbst eine noch so eifrig betriebene Bautätigkeit nicht folgen konnte.

Der Ausbruch des Krieges, der die Bautätigkeit ganz allgemein lähmte, mußte daher für den Ruhrbezirk von besonders einschneidender und ernster Bedeutung sein. Die Zahl der fehlenden Wohnungen beträgt in Deutschland zurzeit 1,5 Millionen. Im Oktober 1920 belief sie sich auf rund 800 000, sie hat sich also in 2½ Jahren verdoppelt, denn der große Ausfall an Wohnungen konnte in den Jahren, die der Beendigung des Krieges im Jahre 1918 folgten, nicht wettgemacht werden, trotz der erheblichen Darlehen des Reiches, der Länder und der Gemeinden. Eine Zusammenstellung von 35 Großstädten aus dem Jahre 1921 zeigt, daß in diesen 35 Großstädten 21 273 Wohnungen im Jahre 1921 gebaut wurden. Im Jahre 1913, also im letzten Vorkriegsjahre, wurden dagegen in denselben 35 Großstädten 54 702 Wohnungen hergestellt. Die Wohnungsherstellung ist also im Jahre 1921 um 61 vom Hundert geringer gewesen als im Jahre 1913. Zudem flaute die regere Bautätigkeit, die sich in den Nachkriegsjahren 1919 bis 1921 zeigte, im Jahre 1922 infolge der sprunghaft fortschreitenden Teuerung wieder sehr stark ab. Die Preise auf dem Baumarkt schnellten in den letzten Monaten des Jahres 1922 gewaltig in die

Verschlimmerung der Wohnungsnot.

Höhe. Heute kostet die Herstellung einer einfachen vierräumigen Wohnung von 70 Quadratmetern (3 Zimmer und Küche) 35 Millionen Mark. Im Dezember 1922 genügten für die Herstellung einer solchen Wohnung noch 6 Millionen (!), im Juni 1922 waren nur 400 000 Mark erforderlich und im Juni 1921 sogar nur rund 70 000 Mark.

Dieser rückläufigen Bewegung im Wohnungsbau stand in der Nachkriegszeit die verstärkte Konzentrierung der Arbeitermassen im Ruhrbezirk gegenüber. Diese Konzentrierung war notwendig geworden durch die Umstellungen der rheinisch-westfälischen Industrie nach Kriegsende und durch den Zwang zu einer gesteigerten Kohlenförderung unter dem Druck der Reparationskohlenlieferungen. Es mußten zum Beispiel im rheinisch-westfälischen Industriebezirk in den letzten Jahren allein im Bergbau 150 000 Bergarbeiter mit ihren Familien untergebracht werden. Die Folge war, daß es im Frühjahr 1922 im Ruhrgebiet rund 100 000 Wohnungsuchende gab. Allein in der Stadt Essen ist die Zahl der Wohnungsuchenden (März 1923) auf über 22 000 gestiegen. Ein drastisches Bild dieses Wohnungselends ergibt sich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß beispielsweise in der Stadt Essen 2999 mehrköpfige Familien in je einem einzigen Wohnraume Unterkunft finden müssen. Daß aus solchen Verhältnissen die größten Gefahren auf sittlichem und gesundheitlichem Gebiet resultieren, liegt auf der Hand. Auch in den übrigen Städten des Ruhrgebietes ist die Lage des Wohnungswesens nicht sehr viel besser. Es sind als Wohnungsuchende dringend vorgemerkt in: Essen 18 000 (von im ganzen 22 000 wohnungsuchenden Familien), in Gelsenkirchen 7447, in Hamborn 2650 (im ganzen fehlen hier 7000 Wohnungen), in Mülheim 4500, in Oberhausen 5085.

Verschärfung durch die Besatzung.

Die Besetzung des Ruhrbeckens — zurzeit (April 1923) ist die Stärke der Besatzungstruppen einschließlich der Eisenbahn- und sonstigen Arbeiter auf etwa 80—90 000 Mann zu schätzen — mußte sonach auf die Wohnungsverhältnisse im Ruhrbezirk von unheilvollster Wirkung sein. Die Offiziere der Besatzungstruppen wurden durchweg in Gasthäusern und Privatwohnungen untergebracht. Unteroffiziere und Mannschaften liegen zum kleineren Teil in Massenquartieren. Die Wohnungszwangsrationierung, zu der man in Deutschland unter dem Drucke der Wohnungs-

not übergegangen ist, ist im Ruhrbezirk infolge der Zwangseinquartierungen vielfach unmöglich geworden. Die Erbitterung, die sich aller Wohnungsuchenden, besonders jener arbeitenden Schichten, die wegen Krankheit, Familienzuwachs und aus anderen wichtigen Gründen dringend eine Wohnung benötigen, angesichts der durch die Besatzung geschaffenen Lage bemächtigt hat, ist nur zu verständlich.

Die Notlage der Ausgewiesenen.

In diesem Zusammenhang muß auch auf die zahlreichen Ausweisungen von deutschen Beamten, Angestellten und Arbeitern einschließlich ihrer Familien hingewiesen werden. Die Ausgewiesenen müssen ihre Wohnungen in kürzester Frist, meist innerhalb acht Tagen, oft innerhalb drei Tagen, räumen, sonst laufen sie Gefahr, samt ihrer Wohnungseinrichtung mit Gewalt auf die Straße gesetzt zu werden. Da die Fortschaffung der Möbel bei der Behinderung und Lahmlegung des Transportverkehrs vielfach unmöglich ist, da ferner die ausgewiesenen Familien angesichts des Wohnungselendes in Deutschland auch im unbesetzten Gebiet nur sehr schwer eine andere Wohnung finden können — trotzdem sie von den Wohnungsämtern bei der Wohnungszuweisung bevorzugt werden — ist die Notlage der Ausgewiesenen oft sehr erheblich.

Beschlagnahme von Gasthöfen, Hotels.

Auch die Beschlagnahme von Gasthöfen und Hotels wird besonders in jenen Industriestädten hart empfunden, die einen starken Fremdenverkehr aufzuweisen haben. In Essen sind beispielsweise die drei größten und günstigst gelegenen Hotels (Kaiserhof, Handelshof, Königlicher Hof), ferner eine große Anzahl von Zimmern in anderen Hotels von den Besatzungsbehörden beschlagnahmt worden. Eine solche Entziehung der für den Fremdenverkehr wichtigen Hotelunternehmen bedeutet für die betroffenen Städte eine empfindliche wirtschaftliche Schädigung und eine schwere Störung des wirtschaftlichen Verkehrs, der im Ruhrkohlenbezirk wie in keinem anderen Bezirk des Kontinents für Handel, Gewerbe und Industrie von der erheblichsten wirtschaftlichen Bedeutung ist.

V. *Ernährungsverhältnisse.*

Scharfes Anziehen der Lebensmittelpreise.

Seit dem Einbruch der Franzosen in das Ruhrgebiet sind die Preise der wichtigsten Lebensmittel auf das Vierfache des Standes Ende 1922 gestiegen. Die Preissteigerungen im Einbruchsgebiet waren stärker als in irgendeinem Teil des Reiches, Schuld daran tragen die zahlreichen Verkehrsbeschränkungen und die Un-

sicherheit der Lebensmitteltransporte. Die für die Zufuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen wichtigsten Eisenbahnverbindungen wurden militarisiert, so daß die Lebensmittelzufuhr heute zum großen Teil auf den Autoverkehr angewiesen ist, der naturgemäß eine wesentliche Verteuerung gegenüber den Transporten auf der Eisenbahn und auf den Wasserstraßen bedeutet. Zu der Ausscheidung wichtiger Verkehrsverbindungen nach dem Ruhrkohlenbezirk kommt dann noch die bewußte Erschwerung der ganzen Lebensmittelzufuhr durch die Besatzungstruppen. Es kommen hinzu die vielen Schikanen, die Requisitionen wichtiger Lebens- und Futtermittel, besonders in den ersten Wochen der Besetzung und die nicht selten gewaltsame Wegnahme von Lebens- und Futtermitteln, an denen in dem dicht bevölkerten Ruhrkohlenbezirk schon vor dem Einmarsch der fremden Truppen großer Mangel herrschte. Französische Truppen haben Lebensmittel, die für die Versorgung unserer Bevölkerung unentbehrlich sind, aus fast allen Teilen des Einbruchsgebiets teils requiriert, teils ohne jede Bezahlung aus Läden, Lagerräumen, Wagen, Eisenbahnwaggons usw. gewaltsam entnommen.

Erschwerung der Lebensmittelzufuhr.

Die Form, in der die Wegnahme zumeist erfolgte, ist ein Hohn auf die Zusicherungen der französischen Befehlshaber, daß ihre Mission eine „friedliche" sei. Zahlreiche Gutsbesitzer mußten ihre Lebens- und Futtermittel abliefern für die Verpflegung der Pferde der fremden Truppen, obwohl die französischen Behörden nicht müde wurden, immer wieder zu betonen, daß die Verpflegung der Truppen und der Pferde aus eigenen Beständen erfolgen werde. Auch aus den Berichten einzelner Gemeinden geht hervor, daß in erheblichem Umfange Lebens- und Futtermittel requiriert oder genommen, alias gestohlen wurden.

Requisitionen der Besatzung.

VI. *Milchversorgung.*

Rückgang der Milchversorgung.

Ein besonders trübes Kapitel ist die Milchversorgung des Industriegebietes seit Beginn der Besetzung. Infolge der Störungen des Eisenbahnverkehrs ist die Milchversorgung in allen größeren Gemeinden erheblich zurückgegangen und zeitweise ganz zum Stillstand gekommen. Da die Züge unregelmäßig verkehren und die Milch zum größten Teil von außerhalb des besetzten Gebietes herbeigeschafft werden muß, leidet die Qualität der Milch, insbesondere der Kindermilch,

meist so, daß sie für Kranke und Kinder ungenießbar wird. Dazu kommt, daß die Franzosen in zahlreichen Fällen bei den Landwirten unmittelbar größere Mengen Milch für ihren eigenen Bedarf beschlagnahmen, wodurch die an sich schon unzureichende Milchversorgung zum Schaden der Kinder und Kranken noch weiter beeinträchtigt wird. In den meisten Gemeinden des Industriegebietes ist es nicht mehr möglich, allen Kindern die ihnen zustehende Milchmenge zuzuführen. Aehnlich steht es mit der Milchration für hoffende Frauen. Einige Zahlen mögen den Rückgang der Milchversorgung verdeutlichen.

Die Stadt Bottrop verbrauchte vor dem Kriege täglich 11 000—12 000 Liter Milch. Kurz vor dem Einbruch der Franzosen betrug der Verbrauch täglich noch 4305 Liter. Nach dem Einbruch standen jedoch nur mehr 2751 Liter bis 3390 Liter täglich zur Verfügung. Während im Jahre 1921 auf je 1000 Einwohner 96 Liter Milch und im Jahre 1922 = 104 Liter entfielen, stellte sich der Verbrauch in den Monaten Januar-Februar 1923 auf nur 40 Liter je 1000 Einwohner.

Im Landkreise Bochum konnte während der letzten Monate den Säuglingen und Kindern bis zu einem Jahre wochenlang nur alle zwei Tage ½ Liter Milch gegeben werden. Dazu tritt die erhebliche Erhöhung des Milchpreises.

Scharfes Anziehen des Milchpreises.

Der Milchpreis hatte in den Städten des Industriegebietes am Anfang des Jahres 1923 noch etwa 250 bis 290 M. pro Liter betragen, heute dagegen stellt er sich auf durchschnittlich 1000 M. pro Liter. Diese Verteuerung ist einmal auf die rapide Geldentwertung infolge des Einbruchs fremder Truppen in das Ruhrkohlengebiet, dann aber auch auf die wesentliche Verteuerung des Versandes zurückzuführen. Die Milch muß heute vielfach mit Autos zugefahren werden, sonst läuft sie Gefahr zu verderben. Zahlreiche Familien sind infolgedessen heute nicht mehr in der Lage, die Preise für die erforderlichen Milchmengen zu erschwingen. Die Folge war eine rapide Zunahme der Kindersterblichkeit, der freilich durch die Entsendung von etwa 500 000 Ruhrkindern in das unbesetzte Deutschland rechtzeitig Einhalt geboten werden konnte. Auch die älteren Leute, die Tuberkulosekranken und die hoffenden Mütter leiden unter der Milchnot schwer.

Es kann uns daher nicht wundernehmen, wenn die Berichte über die Gesundheitsverhältnisse im Einbruchsgebiet bedenklich lauten. Eine allgemeine Verschlechterung ist heute schon zu erkennen, wenngleich sie statistisch an vielen Orten noch nicht ganz erfaßt werden kann, da erfahrungsgemäß die Folgen der Unterernährung sich erst nach einem längeren Zeitraum geltend machen. Immerhin bietet das zur Verfügung stehende Material aus den einzelnen Gegenden des Einbruchsgebietes Wichtiges genug, um in Einzeldarstellungen hier bekannt gegeben zu werden.

Aus *Oberhausen* wird geschrieben:

Verschlechterung der Gesundheitsverhältnisse.

„Die Tuberkulosekranken haben unter der verstärkten Milchknappheit sehr zu leiden. Die Zahl der Tuberkulosekranken hat sich nicht nur vergrößert, sondern die Tuberkulosefälle sind auch bedeutend schwerer geworden. Namentlich im Monat März hat die Zahl der Todesfälle infolge von Tuberkulose eine noch nie verzeichnete Höhe erreicht.

Die Zahl der unterernährten Kinder in Oberhausen betrug vor der Besatzung ungefähr 50 %. Auch diese Zahl ist in starkem Zunehmen begriffen. Der Zustand der allgemeinen Gesundheit zeigt demnach ein unerfreuliches Bild."

Die Stadt *Buer* berichtet:

Zunahme an Tuberkulosekranken.

„Der Gesundheitszustand der Bevölkerung ist wegen der mangelhaften Ernährung und Bekleidung überaus schlecht. Besonders tritt die Zunahme der Erkrankungen an Tuberkulose in Erscheinung. Die Fürsorgestelle für Lungenkranke, die bisher von 10 Personen durchschnittlich täglich in Anspruch genommen wurde, hatte im letzten Vierteljahr meist 40 Personen täglich zu behandeln. Bei einzelnen Kranken nimmt die bereits länger bestehende Erkrankung einen unverhältnismäßig schlechten Verlauf. So nahm die Zahl der Offentuberkulösen, d. h. Bazillenhuster, im vergangenen Vierteljahr außerordentlich stark, insgesamt um 30 % zu. Erheblich ist ferner auch die Zunahme der Geschlechts- und Hautkrankheiten. Unter den Jugendlichen verbreiten sich Syphilis und Tripper. Die Hautpflege leidet unter den hohen Kosten für die Herstellung von Warmbädern, welche sich für jedes Bad auf 14—1800 Mark stellen."

Unterernährung.

Im Amte *Recklinghausen* waren die Ergebnisse der ärztlichen Untersuchungen der Schulkinder folgende:

„Im März wurden die Schulneulinge (geboren im Jahre 1917) untersucht; von ihnen mußten 10 % wegen allergrößter Unterernährung vom Schulbesuch ausgeschlossen werden. Von den übrig gebliebenen konnten nur 10 % als vollkommen regelrecht ernährt und entwickelt bezeichnet werden. 25 % mußten als skrofulös, 10 % als sonstig tuberkuloseverdächtig angesehen werden." Bezüglich des Gesundheitszustandes aller Schulkinder wird von dort berichtet:

„Der Ernährungs- und mithin auch der Gesundheitszustand hatte sich gegen Ende des vergangenen Jahres erfreulicherweise gebessert, während dann beim Eintreten des Marksturzes und der damit verbundenen Teuerung der Lebensmittel sich auch der Gesundheitszustand der Schulkinder langsam zunehmend wesentlich verschlechterte. Gerade in den letzten Monaten vor Schluß des Schuljahres wurde die Lungenfürsorgestelle durch unterernährte und tuberkuloseverdächtige Kinder wesentlich mehr in Anspruch genommen als im vergangenen Jahre. Auch mußten viele Kinder von dem Besuch der Schule dispensiert werden, weil es ihnen infolge allgemeiner Schwäche nicht möglich war, den oft durch Besetzung ihrer Schule notwendig gemachten weiten Schulweg (z. B. von Hochlar und Scherlebeck) zurückzulegen."

Der Landkreis *Hörde* klagt über die Beschlagnahme von Schulen: „Da auch im hiesigen Kreise die Franzosen Schulen mit den darin befindlichen Brausebädereinrichtungen für die Schüler beschlagnahmt haben, so entsteht dadurch für die Jugend ein erheblicher gesundheitlicher Nachteil."

Der Landkreis *Bochum* schreibt:

Blutarme.

„Unter den Schulkindern und Kleinkindern ist eine Zunahme der blaß aussehenden und hinfällig erscheinenden Kinder nach übereinstimmender Aussage der Fürsorge- und Schulärzte bemerkbar, die zahlenmäßig allerdings nicht festgestellt ist. Diese Zunahme der Blutarmut, verbunden mit allgemeiner Schwächung ist auf Mangel in der Qualität und Quantität der Nahrung zurückzuführen; insbesondere dürfte auch der Mangel an Milch bei den Kleinkindern wesentlich mitsprechen.

Säuglingssterblichkeit.

Die Säuglinge entziehen sich bei der hier vorherrschenden natürlichen Ernährung den Einflüssen eines allgemeinen Nahrungsmangels in gewisser Hinsicht. Immerhin ist auffallend, daß trotz der starken Abnahme der Geburtenzahl die Zahl der im 1. Lebens-

jahre Verstorbenen etwas größer ist als im Vorjahre. Es wurden im Vorjahre in den Monaten Januar und Februar 767 Kinder geboren, im Jahre 1923 nur 618, es starben aber bis 1. April d. J. 136 gegenüber 130 im Vorjahre. Die große Mehrzahl der Todesfälle entfällt hierbei auf die erste Lebenswoche. Hierzu paßt die Zunahme der Totgeburten mit 32 gegenüber 29. Zunahme der Totgeburten und Zunahme der Todesfälle in dem ersten Lebensjahre sprechen für eine Schwächung der Gebärenden."

Bemerkenswert ist aus den Berichten der Stadt *Bochum:* „Die Sterblichkeit der Kleinkinder von 2 bis 6 Jahren betrug Januar bis März 1922 47 Todesfälle, 1923 dagegen 84 = 78,70 % Zunahme. Die Sterblichkeit der Schulkinder in den gleichen Zeiträumen 23 und 33 = 43,47 % Zunahme. Also eine starke Verschlechterung bei beiden Kindergruppen. An Tuberkulose starben Januar—März 1922 85 Personen, 1923 aber 113 Personen = 24,77 % Zunahme, dabei war der Winter 1921/22 sehr rauh und hart, der Winter 1922/23 ungewöhnlich mild. Es wurde geklagt, daß durch die Straßensperre und Stillegung der Straßenbahnen den Aerzten das einzige, in Notfällen unentbehrliche Verkehrsmittel entzogen wäre. Die Schulkinder nehmen infolge der Teuerung nach dem Einbruch der fremden Truppen stark an Gewicht ab, sehen blaß und müde aus. Die Beschlagnahme der Schulbadeanstalten wird zur Ausbreitung von Hautkrankheiten und Ungeziefer führen."

Aus dem Amt *Wanne* wird über die Kindersterblichkeit berichtet:

Kinder unter 2 Jahren verstarben
im 1. Vierteljahr 1922 60,
im 1. Vierteljahr 1923 83,
was einer Zunahme von 38,33 % entspricht.

Den Berichten der Stadt *Dortmund* ist zu entnehmen:

„Nach den Feststellungen der Schulärzte in allerletzter Zeit betrug die Zahl der erheblich unterernährten Schulkinder 51,1 %. Am meisten von Unterernährung befallen sind die Kinder der unteren und mittleren Schulklassen. Wie stark die Unterernährung unter den Dortmunder Schulkindern im Laufe des letzten halben Jahres fortgeschritten ist, zeigt ein Vergleich dieser hohen Zahlen (51,1 %) mit der Unterernährungsziffer im Frühjahr 1922, die höchstens 20 % betrug. Es ergibt sich hieraus, daß die wirtschaft-

lichen Schwierigkeiten in den letzten Monaten, die seit dem Jahre 1920 allseitig beobachtete Besserung der Ernährungsverhältnisse nicht nur im Fortschreiten gehindert, sondern sogar ins Gegenteil verwandelt haben. Entsprechend dem zunehmenden Grade der Unterernährung wurde die ursprünglich festgesetzte Portionszahl der Schulspeisen auf 15 % in einigen Schulen sogar auf 20 % der Gesamtschülerzahl erhöht, so daß zurzeit in Dortmund über 9500 Schulkinder täglich gespeist werden. Im Zusammenhange mit dem Ernährungszustande liegen die Verhältnisse bei verschiedenen Krankheitszuständen ähnlich ungünstig. Die ermittelte Zahl für Tuberkulose einschließlich Verdacht betrug im Schuljahr 1920/21 6 %, sie ist jetzt auf 8 % gestiegen. Schlechte gesundheitliche Verhältnisse zeigten sich in besonders hohem Grade bei den vorjährigen Lernanfängern, deren Geburtsjahr das Kriegsjahr 1916 ist. Die Schwächlichkeit und Anfälligkeit dieses Jahrganges ist gekennzeichnet durch die hohen Zahlen der Rhachitis (10,5 %), Blutarmut (23 %), allgemeine Körperschwäche (16,3 %).

Unter den Erwachsenen bereiten sich vornehmlich die Tuberkuloseerkrankungen infolge der schlechten Ernährungs- und Wohnungsverhältnisse seit einiger Zeit wieder in bedenklichem Maße vor. Die bei der hiesigen Fürsorgestelle für Nervöse und seelische Kranke gemachten Erfahrungen lassen erkennen, unter einem wie außerordentlich großen seelischen Drucke weite Bevölkerungskreise infolge der Besetzung gehen, der bei vielen Familien lähmend und auf die wirtschaftlichen und Gesundheitsverhältnisse derselben zerrüttend einwirkt."

In den Darlegungen der Stadt Essen wird insbesondere auf die bereits seit der zweiten Hälfte des Vorjahres sich bemerkbar machende *Verschlechterung der Gesundheitsverhältnisse* aufmerksam gemacht.

Von 100 Verstorbenen verstarben an *Lungenentzündung und Grippe*

1915 8,07
1922 15,50.

Es wird daran die Bemerkung geknüpft, daß die Zunahme dieser Todesfälle mit Sicherheit auf die Teuerungsverhältnisse zurückzuführen sei, denn die breite Masse der Bevölkerung könne sich nicht mehr ausreichend kleiden, erwärmen und ernähren. Hierdurch sei ihre Widerstandskraft derart herabgesetzt, daß sie zur Ueberwindung von Erkältungskrankheiten

nicht mehr die ausreichenden Abwehrkräfte aufbringen könne.

Erfreulich ist es, aus dem Bericht der Stadt Essen entnehmen zu können, daß die *Säuglingssterblichkeit,* die, wie die allgemeine Sterblichkeit, während des Krieges eine Zunahme erfahren hatte, einen allgemeinen Rückgang zeigt, so daß das Jahr 1922 mit 11,38 % die niedrigste Zahl seit einer langen Reihe von Jahren zeigt. Um so trostloser ist das Bild, das durch das erste Vierteljahr 1923 geboten wird: „Es verstarben in diesem Zeitraum 446 Kinder im ersten Lebensjahre gegen 386 in der gleichen Zeit des Vorjahres, was einer Zunahme von 15,53 % entspricht." In dem Berichte heißt es dann weiter:

„Die Ursache dieser vermehrten Säuglingssterblichkeit ist zu suchen:

1. In der Unfähigkeit der Mütter, ihre Kinder selbst weiter zu nähren, weil die mit dem Einbruch auf sie einwirkenden Aufregungen und Schreckensereignisse die natürliche Nahrung zum Versiegen brachten.

2. In der Teuerung infolge des Einbruchs ist allmählich die Zahl der besetzten Bahnhöfe immer größer geworden und demgemäß muß die Milch wegen der Einstellung des Eisenbahnverkehrs von weit her durch Lastautos herangebracht werden. Hierdurch entstehen erhebliche Kosten, die die Milch zurzeit auf 1000 M. für das Liter verteuert haben.

3. In der Mangelhaftigkeit der Milch. Bei dem Transport mittels Lastautos ist die Milch bedeutend länger unterwegs als beim Transport mit der Eisenbahn; hierdurch kommt es, daß größere Mengen von Milch in sauerm, also für den Säugling ungenießbarem Zustande hier eintreffen.

4. In der ungenügenden Milchmenge. Die Transportschwierigkeiten brachten es mit sich, daß während mehrerer Wochen nur durchschnittlich 17 000 Liter Milch täglich angeliefert werden konnten. Da in Essen 22 000 Säuglinge bis zum 2. Lebensjahr vorhanden sind, so konnten diese nicht ausreichend beliefert werden, besonders aus dem Grunde auch nicht, da auch Kranke und hoffende Mütter milchbezugsberechtigt waren. Es hat hier Tage gegeben, an denen mancher Säugling nur Zuckerwasser zu trinken bekam."

Auch über die *Tuberkulosesterblichkeit* verbreitet sich ein Bericht der Stadt Essen ausführlich; das an und für sich schon trübe Bild der früheren Jahre wird jedoch durch die Zahl des 1. Vierteljahres 1923

wesentlich verdunkelt. Es verstarben in diesem Zeitraum an Tuberkulose 302 Personen gegen 273 in der gleichen Zeit des Jahres 1922, was einer Zunahme von 10,62 % gleichkommt.

Die Ursache für diese starke Zunahme ist zunächst in der weiter fortschreitenden Teuerung zu sehen, da sie gerade den Tuberkulösen, die in ihrer Arbeitsfähigkeit schon stark beschränkt sind, es unmöglich macht, sich die zur Fristung des Lebens notwendigen hochwertigen Nahrungsmittel zu verschaffen. Aber auch bei den Tuberkulösen spielen sicherlich die mit dem Einbruch verbundenen Aufregungen eine Rolle, die manchem Leben vorzeitig ein Ziel setzt.

Die schulärztlichen Berichte der Stadt Essen besagen, daß während im vergangenen Jahre etwa 30 bis 35 % der Schulkinder als deutlich unterernährt und krank zu bezeichnen gewesen seien, dieses jetzt bei 50 bis 55 % der Fall sei.

Ueber *andere Folgen des Einbruchs besagt der Bericht* der Stadt Essen:

Bettenbeschlagnahme in Krankenhäusern.

„Die Einbruchstruppen haben in den *städtischen Krankenanstalten* 215 Betten mit Beschlag belegt. Unter anderem auch den für die Aufnahme von Diphtheriekranken bestimmten Pavillon. Bei der großen Anzahl der zurzeit in Essen vorhandenen Kranken bedeutet die Beschlagnahme von etwa 20 % des Bettenbestandes der Krankenanstalten eine außerordentliche Verminderung der Möglichkeit, ausreichend für die Kranken der Stadt zu sorgen."

Zunahme der Geschlechtskrankheiten.

Auch über die Gefährdung der Bevölkerung durch die Zunahme der *Geschlechtskrankheiten* spricht sich der Bericht aus.

Von den Einbruchstruppen sind drei öffentliche Häuser zur Benutzung durch die Truppen mit Beschlag belegt worden, ein Vorgang, der in breitesten Kreisen der Bevölkerung Empörung hervorgerufen hat. Auch wurden durch die besonderen fast unmittelbar nach dem Erscheinen der Truppen der Besatzungsbehörde getroffenen Maßnahmen der Essener Schutzpolizei Schwierigkeiten gemacht in ihrer Freiheit, Frauenzimmer, die im Verdacht stehen, Unzucht zu treiben, festzunehmen. Die Folge davon ist, daß die Aerzte über eine nicht unwesentliche Zunahme der Geschlechtskrankheiten, die bis dahin im Abnehmen begriffen waren, berichten. Seitdem die Schutzpolizei, die auch die Sittenpolizei ausübte, von den Einbruchstruppen aufgehoben wurde, konnten die Dirnen, die

öffentlich Unzucht treiben, überhaupt nicht mehr festgenommen werden und erschienen die in der Bordellstraße Essens untergebrachten Prostituierten, weil sie keinen Zwang mehr über sich fühlten, zu einem großen Teil nicht mehr zu den vorgeschriebenen ärztlichen Untersuchungen, so daß auch hierdurch der Weiterverbreitung der Geschlechtskrankheiten Tür und Tor geöffnet wurde.

VIII. *Die Einwirkung der Besetzung auf die Schulverhältnisse des Ruhrgebietes.*

Beschlagnahme von Schulen.

Für die in das Ruhrgebiet einrückenden Truppen wurden von französischer Seite nicht nur Säle und Hallen, sondern in zahlreichen Fällen auch Schulgebäude als Massenquartiere requiriert. Die Schulen mußten vollständig geräumt, das gesamte Inventar aus den Sälen und Klassen herausgeschafft werden.

Bei der Schnelligkeit der Räumung konnten die Inneneinrichtungen der Schulen häufig nicht sofort anderweitig untergestellt werden. Infolgedessen mußten die Schulmöbel oft auf Höfen oder sonst irgendwo im Freien untergebracht werden, wo sie naturgemäß der Beschädigung und der Verderbnis ausgesetzt waren.

Unterbrechung des Unterrichts.

Eine weitere Folge der Beschlagnahme von Schulgebäuden war der tage- und wochenlange Ausfall des Unterrichts. Denn in einer Reihe von Orten standen entweder keine anderen Schulräume zur Verfügung oder aber man mußte, um den Schulbetrieb aufrechtzuerhalten, die Kinderzahl in den einzelnen Klassen stark erhöhen und den Unterricht auf den ganzen Tag bis in die späte Nachmittagsstunde hinein verteilen. Vielfach wurde die Beschulung der Kinder nur dadurch aufrecht erhalten, daß man die Schüler in entfernter liegende Schulen schickte. Daß die Kinderzahl der einzelnen Klassen überhöht werden mußte, hatte nicht nur gesundheitliche Schäden der Kinder zur Folge, sondern beeinträchtigte auch ihre Fortbildung schwer. Auch die Verlegung des Unterrichts in weiter entfernt gelegene Schulen verursachte besonders in den ländlichen und unausgebauten Gegenden des Ruhrbezirks, vor allem für die älteren schulpflichtigen Mädchen schwere Unzuträglichkeiten. In den verflossenen Wintermonaten waren sie wegen der Verlegung des Unterrichts auf die späten Nachmittagsstunden, genötigt, bis in den Abend hinein am Schulort zu bleiben und konnten oft erst gegen Abend nach Anbruch der Dunkelheit den Heimweg antreten. Ernste körperliche und sittliche Gefahren waren die Folgen. Durch die

weiten Schulwege wurden die Kinder, besonders der minderbemittelten Schichten, zudem erheblichen gesundheitlichen Gefahren ausgesetzt, da ja bei den heutigen hohen Kosten für Schuhwerk und Kleidung die Kinder vielfach ohne ausreichende Kleidung, oft sogar ganz ohne Schuhwerk zur Schule gehen mußten.

Störung in den Quäkerspeisungen.

Auch die Quäkerspeisungen wurden in empfindlicher Weise durch diese Requisitionen von Schulräumen gestört. Für gewöhnlich sind die Kücheneinrichtungen und Ausgabestellen für die Kinderspeisungen in Schulräumen untergebracht, so daß die geregelte Verabfolgung der Speisen vielfach unmöglich wurde. Diese Störung der Speisungen bedeutet einen um so schwereren Nachteil für die Ruhrkinder, als gerade die Kinder der Industriearbeiter durch die Kriegs- und Nachkriegsverhältnisse gesundheitlich am schwersten gelitten haben.

Nach einem Bericht des Oberpräsidenten Gronowski in Münster mußten bisher im ganzen nicht weniger als 940 Volksschulräume geräumt werden. Etwa 50 000 Volksschulkinder konnten zeitweilig nicht mehr den geregelten Schulunterricht besuchen. Von den höheren Schulen sind 13 ganz und 5 teilweise beschlagnahmt worden. In Werden sind von 45 Volksschulräumen nur noch 12 für den Unterricht frei.

IX. *Die Unterdrückung der freien Meinungsäußerung.*

Die Freiheit der Meinungsäußerung, die Freiheit der Presse, deren Aufrechterhaltung gerade die französischen „Menschenrechte“ aus dem Jahre 1794 als eines der Grundrechte der zivilisierten Menschheit gepriesen haben, ist von der französisch-belgischen Besatzung vollkommen ausgeschaltet worden.

Flugblatt- und Zeitungspropaganda.

In größtem Umfange und mit bereitwilligster Unterstützung durch die Besatzungstruppen hat die französische Flugblatt- und Zeitungspropaganda das Ruhrgebiet mit Lügennachrichten zu überschwemmen versucht. An den wichtigen Verkehrspunkten der Städte wurden große Tafeln errichtet, die man aus irgendeiner Schule entwendet hatte und auf die nun Zeitungen, Flugblätter, Aufrufe, Bekanntmachungen angebracht wurden, deren Inhalt die deutsche Bevölkerung in ihrer Entschlossenheit und in ihrem Abwehrwillen irre machen sollte. Die deutschen politischen Parteien und die einzelnen Berufsstände wurden gegeneinander ausgespielt, die Regierung auf jede Weise verlästert und verdächtigt, schwere Strafen gegen die Unbotmäßigen, Belohnungen für die Willigen ange-

kündigt, die deutschen Berichte über die zahllosen Uebergriffe der Besatzungstruppen als falsch und verlogen dargestellt usw. usw.

Die schamlose Zudringlichkeit dieser Propaganda mag aus der Tatsache entnommen werden, daß die Franzosen sich nicht scheuten, während der Bestattung der am Karsamstag in der Kruppschen Fabrik erschossenen Arbeiter über dem Leichenzuge und über der in Trauer versammelten Menge von einem Flugzeuge Flugblätter abzuwerfen. Die pietätlose Roheit solcher brutalen Handlung richtet sich selbst. Auch mit Lichtbild und Lichtschrift wird eifrige Propaganda versucht und wehe dem Deutschen, der diese feindselige Betätigung stört. Neben die französischen Nachrichtentafeln und Anschläge werden schwerbewaffnete Posten gestellt, das Publikum wird von zahlreichen Spitzeln überwacht. Posten und Spitzel fallen über einen jeden her, der die französischen Anschläge zu entfernen sucht. Er wird sofort verhaftet und schwer bestraft. Die deutschen Anschläge aber werden von bewaffneten „Abreißkommandos" von den Mauern gerissen, die Druckereien, die deutsche Flugblätter drucken, werden geschlossen, ihre Besitzer und Drucker bestraft; das Ankleben und Verbreiten, ja allein schon der Besitz eines einzelnen deutschen Flugblattes wird mit hohen Geld- und schweren Gefängnisstrafen durch die französisch-belgischen Militärgerichte belegt. Hand in Hand hiermit geht eine rücksichtslose Knebelung der deutschen Presse. Nicht vereinzelte, sondern Hunderte von Zeitungen und Zeitschriften werden mundtot gemacht. Es ist schon wiederholt vorgekommen, daß in den Großstädten des Ruhrbezirks alle Zeitungen mit Ausnahme der kommunistischen verboten waren, so daß die Bürgerschaft dieser Städte tage- und wochenlang ohne jede Benachrichtigung durch die Zeitungen bleiben mußte. Die Verwirrung, die hieraus für das wirtschaftliche Leben des hochorganisierten Ruhrbezirkes, für den Nachrichtenaustausch, für die Uebermittlung der Bekanntmachungen der Behörden an die Bevölkerung folgen mußte, hat die schwersten wirtschaftlichen, sozialen, verwaltungstechnischen und auch hygienischen Schäden gezeitigt. Allein dies lag in der Absicht der französischen Besatzungsbehörden.

Knebelung der Presse.

Die Unterdrückung und Knebelung der Presse im besetzten Gebiet hatte auch noch einen anderen

Zweck. Die französischen und belgischen Kommandanten wissen, daß unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen das Verbot einer deutschen Zeitung gleichzeitig ihre wirtschaftliche Vernichtung zur Folge hat. Sie benutzen diese Notlage als Druckmittel, um die deutsche Zeitungsberichterstattung farblos zu machen und ihr damit die Wirkung im antifranzösischen Sinne zu nehmen. Die deutschen Zeitungen im Ruhrgebiet dürfen es sich heute nicht mehr erlauben, reine Tatsachenberichte über die Vorgänge und Verhältnisse im Ruhrgebiet zu bringen. Infolgedessen werden die tatsächlichen Ereignisse in den Zeitungen des besetzten Gebietes entweder überhaupt nicht mehr oder doch nur sehr zurückhaltend erörtert, so daß die französische Propaganda ein leichtes Spiel hat, die Berichte der deutschen Presse des unbesetzten Gebietes als falsch und lügenhaft hinzustellen. Die Franzosen weisen darauf hin, daß die Zeitungen des besetzten Gebietes nichts über Mißhandlungen, Zerstörungen, Beraubungen und sonstige Uebergriffe der Besatzungstruppen zu berichten wüßten und fangen damit harmlose Gemüter für ihre propagandistischen Zwecke ein.

Geistige Not der Bevölkerung.

Die Lahmlegung der Berichterstattung und die Unterdrückung der Pressefreiheit gibt auch dem Entstehen und Sich-Verbreiten der Fama freien Lauf. Wilde Gerüchte laufen um, werden geglaubt und verursachen die größte Aufregung und Unruhe. Eine erbarmungslose geistige und seelische Strangulierung wird gegen die Deutschen des besetzten Gebietes geübt. Die Schriftleiter der Zeitungen werden, wenn sie nur ein freies Wort der Kritik gegen die Uebergriffe der Besatzungstruppen wagen, verhaftet, bestraft oder ausgewiesen. Es wird versucht, sie zur Aufnahme franzosenfreundlicher Artikel zu zwingen, ja die Besatzungsbehörden verlangen sogar von ihnen, daß sie die französischen und belgischen Verordnungen, welche den deutschen Gesetzen und den Anordnungen der für die deutsche Bevölkerung allein maßgebenden deutschen Regierung zuwiderlaufen, in ihren Zeitungen veröffentlichen sollen. Die deutschen Zeitungen dürfen es nicht mehr wagen, die Verordnungen ihrer eigenen Regierung zu veröffentlichen; selbst die Veröffentlichung der Proteste der deutschen Regierung und der sonstigen staatlichen und kommunalen Behörden zieht das Verbot der Zeitung und harte Bestrafung von Redakteuren und Verlegern nach sich.

X. Verletzungen von Sitte, Moral, Recht und religiösem Empfinden durch die Besatzungstruppen.)*

Das erschütterndste Kapitel in der Chronik der französischen Besetzung des Ruhrgebiets bilden die jedem menschlichen Empfinden Hohn sprechenden Verletzungen des sittlichen, religiösen und rechtlichen Bewußtseins der Bevölkerung des Industriegebietes.

Verletzung des religiösen Empfindens.

Die Franzosen scheuen sich nicht, in rüdester Weise die Sonntagsfeiern der Bewohner an Rhein und Ruhr zu stören. Neben der Roheit, die hierin zum Ausdruck kommt, zeigt dies von dem Tiefstand ihrer Psychologie. Die Kunst der Menschenbehandlung ist bei ihnen wahrlich in Vergessenheit geraten. Am weißen Sonntag, der als Erstkommunionstag ganz besonders gefeiert wird, sind beispielsweise in Koblenz 30 Eisenbahnerfamilien innerhalb 2 Stunden aus ihren Wohnungen vertrieben worden, trotzdem in vielen der betroffenen Familien die Kinder am Ausweisungstage zum ersten Male zur heiligen Kommunion gingen.

Auch die Festnahme von Beschuldigten, die Beschlagnahme von Kraftwagen usw. sowie das Verladen von Koks an Sonn- und Festtagen verletzt das religiöse Empfinden weitester Kreise aufs tiefste.

Wird aber gar, wie dies in Waltrop geschehen ist, ein Priester in der Ausübung seines Berufs auf der Straße von einem französischen Posten bedroht, und sperrt die französische Besatzungsbehörde am gleichen Orte den um die Kirche in Waltrop führenden Prozessionsweg durch einen Drahtverhau, ohne daß die Ermahnungen und Proteste des Kirchenvorstandes und des Amtmanns von Waltrop hiergegen etwas vermögen, so muß dies natürlich unter der Bevölkerung die tiefste Erbitterung erregen, eine Erbitterung, deren Explosion nur durch die bewundernswerte Selbstdisziplin der Bevölkerung zurückgedämmt werden konnte.

Vergewaltigungen.

Ohne Beispiel in der Geschichte der zivilisierten Nationen sind auch die zahlreichen Fälle von Vergewaltigungen von Frauen und jungen Mädchen durch französische Truppen. In einigen Fällen sind kaum schulentwachsene Mädchen vergewaltigt worden,

---

*) Vgl. auch: »Terror und Martyrium an Rhein und Ruhr.« Amtl. Berichte und Dokumente. München 1923. Verlag der Süddeutschen Monatshefte.

ebenso Ehefrauen und Bräute, zum Teil sogar in Gegenwart von Kindern.

Auflösung der Schupo.

Auf Befehl des Generals Degoutte ist die Schutzpolizei innerhalb des besetzten Gebietes aufgelöst und die gesamte Polizeimannschaft ausgewiesen worden. Der Kriminalpolizei, soweit sie in ihren Dienst weiter verrichten durfte, wurden die Waffen abgenommen und ihr damit die Möglichkeit zu entschiedeneren Amtshandlungen genommen. Dieses Vorgehen der Besatzungsbehörden war in seinen Folgen verheerend. Kaum hatten die Polizeibeamten unter dem Druck der feindlichen Truppen die Städte des Ruhrgebietes verlassen, als mit einem Schlage von allen Seiten her das Diebes-, Raub und Verbrechergesindel im Ruhrbezirk zusammenströmte. Unmittelbar nach der Auflösung der Polizei kamen zahlreiche Fälle von Beraubungen, Diebstählen und Einbrüchen vor. Ganze Banden von Verbrechern machten die Ruhrstädte, besonders die Geschäftsviertel, unsicher. Am hellichten Tage wurden Geschäfte ausgeplündert. In Essen z. B. mußte die Bevölkerung angesichts der fortwährenden Unsicherheit, bei vielen Raubanfällen und Einbrüchen immer wieder die Feuerwehr zur Hilfe rufen. Die Berichte der übrigen Städte enthalten gleichfalls Angaben über die große Unsicherheit, die die Auflösung der Schutzpolizei mit sich brachte.

Oeffentliche Unsicherheit.

Von allen diesen Vorgängen nahmen die Besatzungstruppen keine Notiz; sie taten nichts, um die Sicherheit des Privateigentums, von Leib und Leben zu gewährleisten.

Nicht zuletzt wirkte die öffentliche Unsicherheit auch auf die haltlose, in der Entwicklung begriffene und noch nicht gefestigte Jugend ein. So berichtet z. B. die Stadt Buer über ein Ansteigen der Kriminalität der Jugendlichen unter der Einwirkung der Besatzung. Das Glückspielunwesen macht sich infolge des Fehlens der Ordnungspolizei auf offenen Straßen und Plätzen überall breit — eine Tatsache, die vor allem für die jugendlichen Personen die bedenklichsten moralischen Schädigungen nach sich zieht.

Auf eine andere besonders ernste Folge der Polizeilosigkeit sei hier gleichfalls hingewiesen:

Ausbreitung des Dirnentums.

Auf die Ausbreitung des Dirnentums. Da jedes polizeiliche Machtmittel, das Dirnentum zu überwachen,

fehlt, macht sich die Prostitution in einer Art breit, die nicht nur öffentliches Aergernis erregt, sondern auch zugleich für die öffentliche Gesundheit außerordentlich gefährlich zu werden droht. Die ärztliche Kontrolle der Dirnen mußte meist unterbrochen werden, da sich diese öffentlichen Frauen in ihrer Mehrzahl ohne polizeilichen Druck der Aufsicht entziehen. Eine Verbreitung der Geschlechtskrankheiten war die unvermeidliche Folge.

XI. Verhaftungen, Bestrafungen, Ausweisungen. *)

Pflicht und Zwang.

Im Preußischen Staate sind die Grundsätze der Beamtenehre und Beamtenpflicht im öffentlichen Leben von jeher hochgehalten worden. Es war daher nur selbstverständlich, daß die Beamten im Einbruchsgebiet, allen Drohungen und Versprechungen zum Trotz, ausschließlich den Weisungen ihrer Regierung Folge leisteten. Diesen unerwarteten Widerstand suchten die Besatzungsbehörden vergeblich durch drakonische Maßnahmen gegen Staats- und Kommunalbeamte zu brechen. Verhaftungen, Gefangensetzung, Mißhandlungen, Ausweisungen haben die Beamten nicht vermocht, ihrer Dienstpflicht untreu zu werden.

Ausweisung der Schupo.

Die Verhaftungen und Ausweisungen von Staats- und Gemeindebeamten sind meist mit der Nichtbefolgung eines Befehls der Besatzungsbehörde begründet worden. Vielfach aber wurde eine Begründung überhaupt nicht gegeben. Die gesamte Schutzpolizei im Industriegebiet ist lediglich deshalb ausgewiesen worden, weil sie den Weisungen ihrer Regierung entsprechend die von den Besatzungsbehörden verlangte Grußpflicht ablehnte. Kriminalbeamte sind vielfach ausgewiesen worden, weil sie ihre Dienstwaffe bei sich trugen oder aus ähnlichen fadenscheinigen Gründen.

In fast sämtlichen Städten des Ruhrgebiets sind die leitenden Beamten teils verhaftet und zu schwerer Gefängnisstrafe verurteilt, teils ausgewiesen worden, weil sie ihren Treueid nicht brechen wollten. Zum Teil sind technisch gar nicht zu erfüllende Leistungen von den Beamten gefordert worden. Deren Nicht-

Unmögliche Befehle.

*) Vgl. auch: »Terror und Martyrium an Rhein und Ruhr.« Amtl. Berichte und Dokumente. München 1923. Verlag der Süddeutschen Monatshefte.

erfüllung wurde mit schweren Strafen belegt. So wurde z. B. von dem Bürgermeister der Stadt Essen verlangt, daß er in einer Zeit von 4 Stunden 72 Personenkraftwagen mit allen notwendigen Ersatzteilen der Besatzungsbehörde liefern sollte. Die Gemeindebehörde hatte aber weder ein Verzeichnis der Kraftwagenbesitzer, noch besaß sie das Recht, Privateigentum zu beschlagnahmen. Auch fehlten ihr, da die Polizei eine Einrichtung des Staates und nicht der Stadtgemeinde ist, die ausführenden Organe, um Beschlagnahmen durchzuführen. Allein wenn die Gemeindeverwaltung selbst das Recht gehabt hätte, Kraftwagen zu beschlagnahmen, und wenn sie die Polizeibeamten zur Durchführung dieser Beschlagnahme zur Verfügung gehabt hätte, wäre es technisch unmöglich gewesen, in einer Frist von 4 Stunden eine derartig große Anzahl von Kraftwagen mit Zubehör an die von der Besatzungsbehörde angegebene Stelle abzuführen. Man hat auch auf französischer Seite an diese Möglichkeit nicht geglaubt. Das geht daraus hervor, daß die Besatzungsbehörde mit der Wegnahme der Kraftwagen bereits begonnen hatte, ehe sie überhaupt dem Bürgermeister der Stadt Essen den Befehl zur Ablieferung von 72 Kraftwagen zugestellt hatte. Wegen der Nichtausführung dieses Befehls und wegen der Nichtlieferung angeforderter Kohlen, deren Lieferung vom Reichskohlenkommissar ausdrücklich verboten und von den Zechenbesitzern einmütig verweigert worden war, wurde der Bürgermeister von Essen nach längerer entbehrungsreicher Untersuchungshaft zu einer Gefängnisstrafe von 3 Jahren und zu 6 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt. Aehnlich erging es dem 60jährigen Oberbürgermeister von Oberhausen, der festgenommen wurde, weil er es ablehnte, den Betriebsleiter des Elektrizitätswerks zur Stelle zu schaffen und ihn damit der Verhaftung zu überantworten. In Gegenwart seiner protestierenden Beamten wurde der Oberbürgermeister *gefesselt* in einem Kraftwagen weggeführt und später zu einer Gefängnisstrafe von 3 Jahren verurteilt.

Harte Strafen.

Die Gesamtzahl der ausgewiesenen Beamten ist sehr hoch; aber auch Privatpersonen sind mit kurzer Frist in großer Anzahl ausgewiesen worden. Teilweise mit ihren Familien. Insgesamt sind seit dem 11. Januar bis Anfang April rund 5300 deutsche Staatsbürger aller Stände von den Besatzungsbehörden des neubesetzten Gebietes ausgewiesen worden.

Freiheits- und Geldstrafen.

Neben Ausweisungen sollen Freiheits- und Geldstrafen die Bevölkerung mürbe machen. Die Freiheitsstrafen treffen die Verurteilten um so härter, als die Behandlung der Gefangenen in gewissen Strafanstalten sehr viel zu wünschen übrig läßt. Nicht selten werden sogar kranke und gebrechliche Personen in Haft gesetzt.

XII. Mißhandlungen und Tötungen. *)

Wahllose Mißhandlungen.

Mißhandlungen von Beamten und Privatpersonen durch französische und belgische Truppen zählen im Einbruchsgebiet zu den Alltäglichkeiten. Erwachsene, Jugendliche und Kinder, Männer, Frauen und Mädchen, Greise und Krüppel sind in großer Zahl mißhandelt worden. Die Mißhandlungen waren oft derart rüde, daß die Mißhandelten ins Krankenhaus gebracht werden mußten. In besonders roher Weise wurden die Schutzpolizeibeamten mißhandelt, trotzdem sie sogar nach dem Urteil französischer Besatzungsbehörden sich korrekt benommen hatten und unter Einsatz ihres Lebens Ruhe und Ordnung, besonders in den ersten Wochen des Einmarsches der fremden Truppen im Ruhrkohlengebiet aufrecht erhalten haben und die Bevölkerung vor unüberlegten Handlungen gegenüber den Besatzungstruppen zu bewahren verstanden. Zwei Polizeibeamte sind in bestialischer Weise ermordet worden (Gelsenkirchen, Buer). Ein besonders krasser Fall von Mißhandlung sei hier besonders hervorgehoben. Der fast blinde Sohn eines Wirtes in Hochlar bei Recklinghausen wurde von einem Kapitän auf das schwerste mißhandelt und ohnmächtig geschlagen, weil er einige Minuten nach der angeordneten Stunde die Hofhunde eingesperrt hatte. Als die Mutter ihren Sohn in ihre Wohnung holen wollte und ihr Kind zurückverlangte, richtete der Kapitän vor den Augen der entsetzten Mutter den Revolver auf den Sohn und sagte: „Ich kann ihn erschießen, dann gehört er mir ganz", worauf die Mutter entrüstet erwiderte: „Dann tun Sie es und erlösen Sie ihn von seinen Qualen."

Allein in Recklinghausen sind am 7. und 8. Februar 1923 amtlich 78 Fälle von Mißhandlungen auf

*) Vgl. auch: »Terror und Martyrium an Rhein und Ruhr.« Amtl. Berichte und Dokumente. München 1923. Verlag der Süddeutschen Monatshefte.

offener Straße festgestellt worden. Bewaffnete Truppen drangen hier unter Führung von Offizieren während der Aufführung von „König Lear“ in das Schauspielhaus und trieben unter Peitschenhieben das anwesende Publikum aus dem Theater. Zahlreich sind die Fälle, in denen die friedliche Bevölkerung in den Städten des Ruhrkohlengebietes ohne jede Veranlassung mit der Reitpeitsche geschlagen wurde. Der kommandierende General der Besatzungstruppen in Recklinghausen, der dort ein besonderes Schreckensregiment führt, hat geäußert, er werde vor den schärfsten Maßnahmen nicht zurückschrecken, bis die Bevölkerung von Recklinghausen vor ihm auf den Knien liege. Das Wohl der Bevölkerung könne ihm gleichgültig sein.

Tötungen.

Seit dem Einmarsch der Besatzungstruppen sind auch zahlreiche Personen im Einbruchsgebiet durch die Soldateska getötet worden. Erwähnt sei die furchtbare Bluttat von Essen, der 13 Kruppsche Arbeiter, die friedlich gegen die Wegnahme von Kraftwagen aus den Kruppschen Werken demonstrierten, zum Opfer fielen. Erwähnt sei weiterhin der Fall des Fabrikanten Schulte in Essen, der ebenfalls, ohne daß ihn irgend ein Verschulden traf, auf dem Wege zu seiner Wohnung erschossen wurde. Grundlos erschossen wurde auch der Bergarbeiter Franz Groote in Polsum bei Recklinghausen. Ebenso wurde der Schuhmacher Stockhorst aus Essen in einem Straßenbahnwagen von belgischen Soldaten ohne jeden Grund niedergemetzelt. Ein Dienstmädchen mit Namen Elisabeth Feugmann wurde in der Wohnung ihrer Dienstherrin Maria Klems zu Bessenkamp bei Waltrop von einem französischen Soldaten erschossen. In Essen wurde der Bahnwärter Herold von den Franzosen, als er sich aus seinem Wärterhaus seine Kleider holen wollte, angegriffen und sofort erschossen. In Brechten wurde der Bergmann und Schuldiener Haumann durch einen französischen Posten erschossen und zwar, wie aus den Vernehmungen über die Erschießung hervorgeht, gleichfalls vollständig ohne jeden Grund. In Recklinghausen sind der Bergmann Josef Hoffmann und der Arbeiter Franz Mieruch von französischen Soldaten aus unbekannten Gründen erschossen worden. Insgesamt sind seit dem Einmarsch der Truppen 48 Personen erschossen worden.

Hierbei sei bemerkt, daß die Zahl der bekannt gewordenen und amtlich festgestellten Fälle von Uebergriffen seitens der Besatzungstruppen nur einen Bruchteil der wirklichen Vorkommnisse darstellt. Viele Mißhandelten und Zeugen meldeten sich überhaupt nicht oder sie verweigern die Aussage, weil sie fürchten, von den Besatzungstruppen Schwierigkeiten zu bekommen.

Druck von Hermann Baswitz, Berlin S 42. — Nr. 270.

THE LIBRARY OF THE
AUG 19 1925
UNIVERSITY OF ILLINOIS